



#CLIMATESTORY USA

Text: Dorian Wainwright
Foto: People's Justice Council & Rev. Michael Malcom

#CLIMATE STORY VON CUT CARBON NOT FORESTS-AKTIVIST*INNEN AUS GLOSTER, MISSISSIPPI, USA

Auf dem Foto sieht ihr eine Wohnsiedlung in Gloster, Mississippi, USA. Im Hintergrund steht eine riesige Fabrik zur Herstellung von Holzpellets. In diesen Pelletwerken im Südosten der USA werden Bäume zu Pellets weiterverarbeitet, die dann als Brennmaterial dienen – vor allem in Europa. Dabei stammen die verwendeten Bäume oftmals aus Wäldern, die bisher von Rodungen verschont geblieben waren. Dadurch werden Wälder, die nicht nur ein natürlicher Kohlenstoffspeicher, sondern auch Heimat für bedrohte Wildtiere sind, zerstört. Durch das Roden und spätere Verbrennen werden die Wälder zudem zu einer Quelle großer Mengen neuer

Treibhausgasemissionen. Die gezielte Abholzung naturbelassener Wälder zur Produktion von Holzpellets heizt so die Klimakrise zusätzlich an und gefährdet dadurch die Menschenrechte von Menschen weltweit.

Darüber hinaus sind die Menschenrechte der Anwohner*innen ganz unmittelbar betroffen. Die Werke stoßen gefährliche Schadstoffe aus, die mit einer Vielzahl von Atemwegserkrankungen in Verbindung gebracht werden und dadurch das Recht auf Gesundheit einschränken. Die Mühlen sind außerdem oft laut, arbeiten rund um die Uhr und wurden in vielen Fällen in unmittelbarer Nähe zu bereits bestehenden Siedlungen gebaut. Die dort lebenden Menschen werden unzureichend vor privatwirtschaftlichen Eingriffen in ihren Wohnraum geschützt und ein Mindeststandard an Bewohnbarkeit, Gesundheit und Sicherheit wird nicht gewährleistet. Das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard und insbesondere das Menschenrecht auf Wohnen werden hierdurch beeinträchtigt.

Außerdem führt die Abholzung der Wälder zu einer Reihe von negativen Auswirkungen auf die umliegenden Gemeinden. Die Wälder dienen in vielen Fällen als natürlicher Schutz vor Naturkatastrophen wie Stürmen (Hurricanes) oder Überschwemmungen. Infolgedessen sind die Siedlungen anfälliger für die erwartete Zunahme extremer Wetterereignisse aufgrund der Klimakrise. Dies bedroht ihre Existenzgrundlage und das Recht auf Leben. Hinzu kommt, dass derartige Anlagen mit großer Wahrscheinlichkeit in Siedlungen entstehen, die mehrheitlich

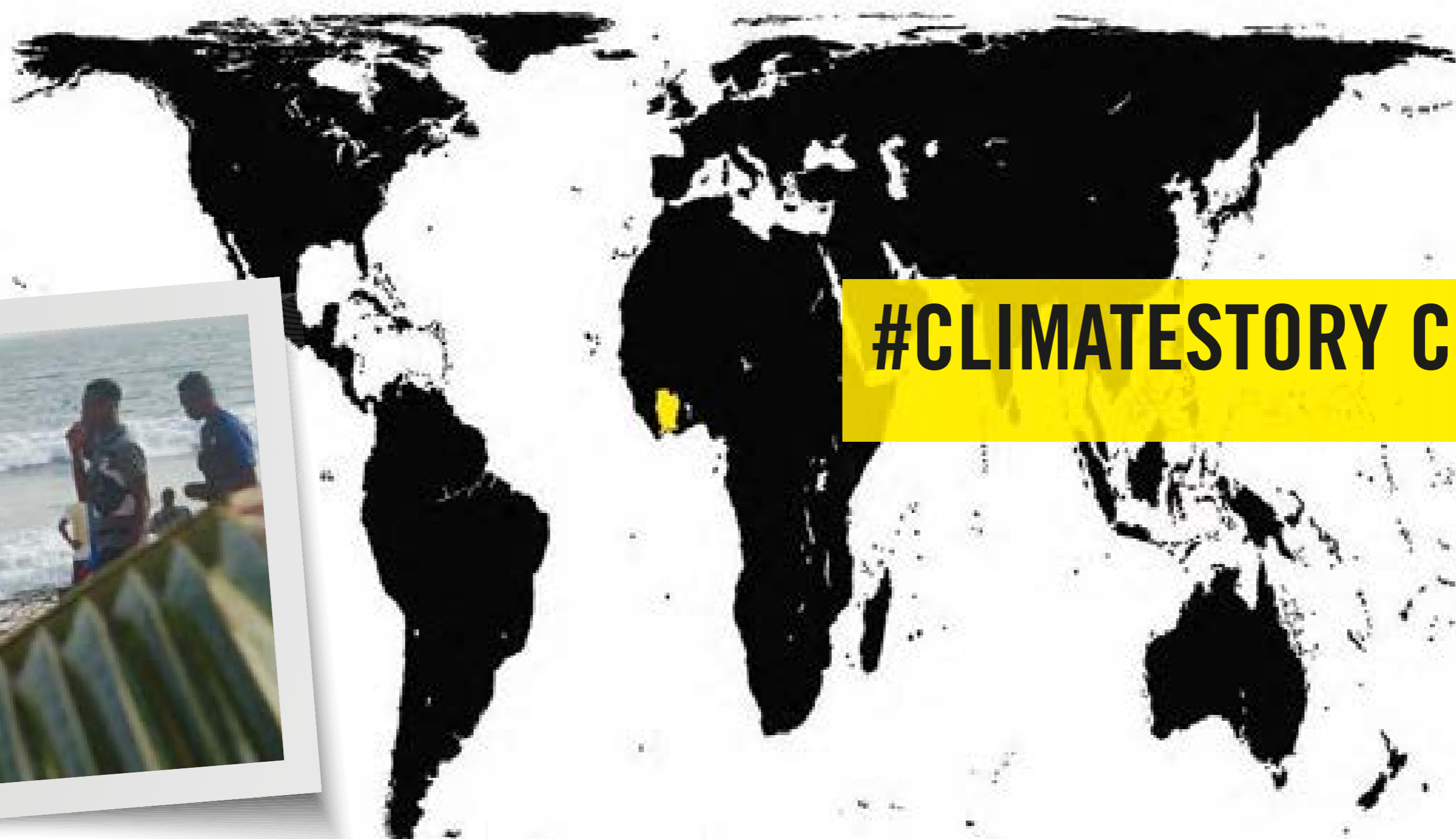


von People of Color bewohnt werden. Bereits bestehende Formen von Diskriminierung werden dadurch verstärkt.

Die Holzpelletproduktion in Gloster ist ein Beispiel dafür, auf welche Weise privatwirtschaftliche Akteure und Staaten im Zuge von vermeintlich klimafreundlicherer Energiegewinnung die Menschenrechte außer Acht lassen. Es zeigt zudem, dass die von der Klimakrise am meisten betroffenen Menschen übersehen werden und zusätzliche Belastungen zu tragen haben.

Cut Carbon Not Forests ist eine Kampagne, die von einem Bündnis von NGOs aus dem Vereinigten Königreich und den USA koordiniert wird. Wir machen uns dafür stark, dass der Import der Holzpellets in das Vereinigte Königreich für Bioenergie beendet wird und die Subventionen für Bioenergie stattdessen in echte grüne Energien fließen. Dazu bauen wir Druck auf die britische Regierung auf, indem wir die Öffentlichkeit informieren und den Menschen die Möglichkeit geben, sich mittels einer Petition an ihre Abgeordneten zu richten.





#CLIMATESTORY CÔTE D'IVOIRE

Text und Foto: RICHARD GUETTE



#CLIMATE STORY VON RICHARD GUETTE (AMNESTY INTERNATIONAL CÔTE D'IVOIRE)

Ausgelöst durch die Klimakrise steigen weltweit die Meeresspiegel. Dies ist selbst weit weg von den Polkappen der Fall, wie an der westafrikanischen Côte d'Ivoire nahe des Äquators. Für die Côte d'Ivoire prognostiziert die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) einen Meeresspiegelanstieg um 39 cm bis 2080. Die Prognose liegt damit deutlich über dem durchschnittlichen Meeresspiegelanstieg weltweit. Am Küstenstreifen der Côte d'Ivoire ist dies ein besonders schwerwiegendes Problem. Millionen von Menschen sind durch den Meeresspiegelanstieg bedroht, weil ein großer Teil der Bevölkerung nahe des Meeres lebt.

Neben der direkten Gefahr durch Überflutungen verringert der Anstieg des Meeresspiegels auch die Trinkwasserreserven, indem Grundwasserreservoirs versalzen und Oberflächenwasser durch Überschwemmungen kontaminiert werden. Zunehmende Dürren und Umweltverschmutzun-

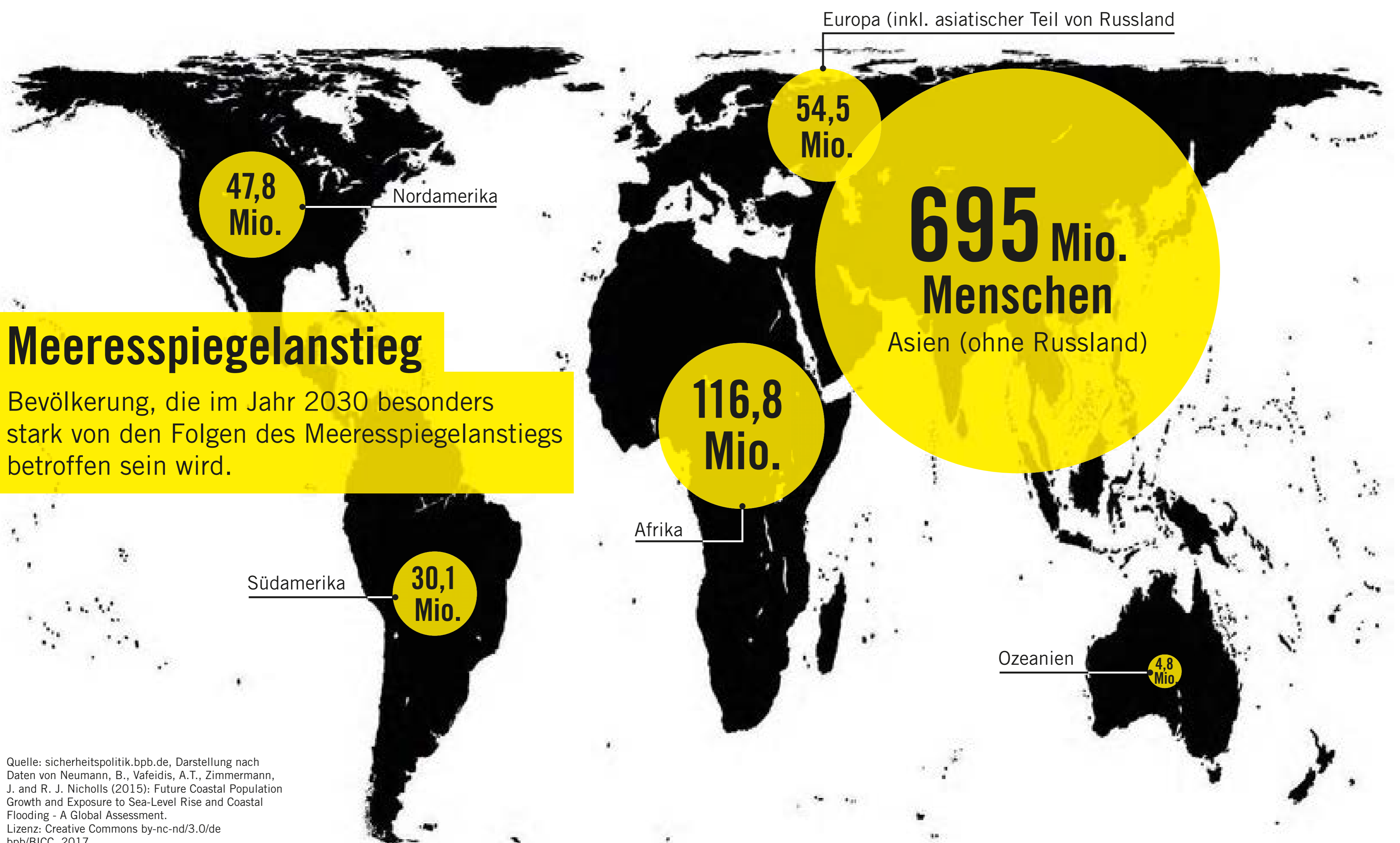
gen verschlimmern die Lage zusätzlich. Auf dem Foto machen wir mit unserer Amnesty-Gruppe in der Elfenbeinküste die Menschen darauf aufmerksam, wie wichtig es ist, schonend und nachhaltig mit dem noch vorhandenen Trinkwasser umzugehen und den natürlichen Küstenschutz nicht zu gefährden. Denn der Zugang zu sauberem Trinkwasser gehört zu den Menschenrechten. Das Foto ist im Ort Grand Bassam aufgenommen, der 300 km entfernt von der Millionenmetropole Abidjan liegt, der Hauptstadt der Côte d'Ivoire. Zwischen Grand Bassam und dem Atlantik liegt (nur noch) eine große vorgelagerte Lagune, deren Schutzwirkung für die Stadt durch den steigenden Meeresspiegel stetig abnimmt.

Bainéaires, Nuits. (2019.11.11): A photographer captured how unprecedented floods ravaged a World Heritage site in Côte d'Ivoire. <https://qz.com/africa/1745910/foods-ravaged-a-unesco-world-heritage-site-in-cote-divoire/> (10.02.2022).

Federal Ministry for Economic Cooperation and Development: Climate Risk Profile: Côte d'Ivoire https://www.pik-potsdam.de/en/institute/departments/climate-resilience/projects/project-pages/agrica/giz-climate-risk-profile-cote-d2019ivoire_en_final_2 (10.02.2022).

Gercama, Ingrid, Loreto, Alejandra (2021, 28.05.): Lost to sea: The Ivory Coast villagers saving their ancestors from rising waves. <https://www.climatechangenews.com/2021/05/28/lost-sea-ivory-coast-villagers-saving-ancestors-rising-waves/coastal/> (10.02.2022).

Jumbe, Kaya (2021, 14.05.): Adapting Africa's coastlines to rising sea levels. <https://rightforeducation.org/2021/05/14/adapting-africas-coastlines-to-rising-sea-levels/> (10.02.2022).



Meeresspiegelanstieg

Bevölkerung, die im Jahr 2030 besonders stark von den Folgen des Meeresspiegelanstiegs betroffen sein wird.

Quelle: sicherheitspolitik.bpb.de, Darstellung nach Daten von Neumann, B., Vafeidis, A.T., Zimmermann, J. and R. J. Nicholls (2015): Future Coastal Population Growth and Exposure to Sea-Level Rise and Coastal Flooding - A Global Assessment. Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de bpb/BICC, 2017



#CLIMATE STORY ÜBER DEN REISANBAU IM MEKONGDELTA



sich der Grundwasserspiegel in weiten Teilen des Mekongdeltas um mehr als fünf Meter gesenkt. Die Folge ist, dass Meerwasser ins Grundwasser gelangt und dadurch die ehemals fruchtbaren Böden zunehmend versalzen. Über das weit verzweigte System aus Gräben und Kanälen dringt Meerwasser von der Küste aus immer tiefer ins Landesinnere vor und erhöht den Salzgehalt des Wassers, das über die Reisfelder fließt und die Ernten verdirbt. Die Existenz von Millionen Reis- und Obstbäuer*innen in der ganzen Region sowie die Versorgung der Bevölkerung Vietnams wird dadurch bedroht. Zusätzlich schränkt die Versalzung die Möglichkeiten zur Eigenversorgung der Menschen mit Gemüse ein.

Das Menschenrecht auf angemessene Nahrung und Versorgung mit sauberem Trinkwasser ist besonders in der Deltaregion dann nicht mehr gewährleistet. Die Bewohner des Mekongdeltas

verlieren dadurch ihre Existenzgrundlagen und müssen in andere Regionen umsiedeln.

Durch die übermäßige Entnahme von Grundwasser sinkt außerdem der weiche, dünne Boden immer weiter ab. Die Bodenabsenkung wird noch durch die Zunahme der Infrastruktur und von Gebäuden in dieser Region verstärkt, mit der Folge, dass sich die Überschwemmungsgefahr für das flache Flussdelta drastisch vergrößert. Die Bodenabsenkung lässt den ohnehin steigenden Meeresspiegel noch schneller ansteigen. Da das

Delta nur ein bis zwei Meter über dem Meeresspiegel liegt, ist es, als wenn das Delta langsam im Meer versinkt. Mit den Mangrovenwäldern sind in den vergangenen Jahrzehnten durch Erosion und Abholzung nicht nur wichtige Ökosysteme, sondern auch natürliche Schutzschilde gegen die zunehmend extremen Wetterereignisse verschwunden. Gleichzeitig erleichtert die Absenkung des Bodens das Eindringen des Salzwassers in das Landesinnere zusätzlich.

Im Mekongdelta ist deshalb bereits ein Viertel der Menschen von Armut betroffen, während es im restlichen Vietnam 2,25% sind. Immer mehr Menschen sind gezwungen, das Mekong-Delta zu verlassen, weil sie auf ihren Böden nichts mehr anbauen können oder ihre Häuser überflutet wurden. 14,5 % nennen explizit den Klimawandel als Grund für den Wegzug. Es ist anzunehmen, dass dieser Prozentsatz in den kommenden Jahren ansteigen wird. Bei einem Anstieg des Meeresspiegels von einem Meter – was bereits 2050 eintreten könnte – gehen 38% des Mekong-Deltas verloren. Fünf Millionen Menschen müssten ihre Heimat verlassen.

Das Mekongdelta ist eine fruchtbare Region ganz im Süden Vietnams. Auf dem Foto zu sehen ist Frau Phung Nguyen beim Pflanzen von jungen Reissetzlingen, eine Arbeit, die traditionell in Südostasien von Frauen ausgeführt wird. Zusätzlich sammeln andere Familienmitglieder kleinere Fische, Krabben und Muscheln in den Mangroven, die sie dann auf lokalen Märkten verkaufen. Von dem Erlös von Reis und Fisch kann sich Phungs zehnköpfige Familie bisher gut selbst versorgen.

Die fruchtbaren Schwemmlandböden des Deltas bescherten der Region bislang drei Reisernten jährlich, sodass die Bevölkerung Vietnams mit dem Reis und den Früchten, die im Delta geerntet wurden, selbst versorgt werden konnte. Vietnam nahm sogar lange Jahre den zweiten Platz weltweit als Reisexporteur ein. Doch dies verändert sich zunehmend durch die Klimakrise.

Bereits seit einigen Jahren ist auf manchen Flächen der Reisanbau nur noch eingeschränkt möglich, denn das Mekongdelta ist mit einer Vielzahl von Problemen konfrontiert, die der Reisqualität schaden und Folgen der Klimakrise sind. Dazu gehören unregelmäßige Niederschlagsmengen und damit verbundene lange Dürrephasen. Jahrzehntlang saugte der Boden des Mekongdeltas das Wasser während der Regenzeit wie ein Schwamm auf und setzte es in der Trockenzeit wieder frei. Dazu sind regelmäßige Regenmengen erforderlich, welche in den letzten Jahren zunehmend unberechenbar geworden sind. Perioden mit extremem Niederschlag wechseln sich mit langen Trockenphasen ab. Oft müssen Bauern und Bäuerinnen für die Bewässerung von Reisfeldern und Obstplantagen auf das Grundwasser zurückgreifen. Der ohnehin niedrigere Grundwasserspiegel sinkt dadurch weiter ab. In den vergangenen 25 Jahren hat

14,5 %
nennen explizit den Klimawandel als Grund für ihren Wegzug aus Mekong-Delta.



#CLIMATESTORY GUINEA

Text: DIANA HABIB UND SÉKOU AHMED CONDÉ
Foto: SÉKOU AHMED CONDÉ



#CLIMATESTORY DIANA HABIB UND SÉKOU AHMED CONDÉ ÜBER DEN BAUXITABBAU IN BOKE UND SIGUIRI

Die Bilder zeigen Menschen und Maschinen, die Gold und Bauxit (das Erz, aus dem Aluminium gewonnen wird) in meinem Land Guinea abbauen. Insbesondere rund um die Städte Boke und Siguiiri ist diese Art des Rohstoffabbaus sehr verbreitet. Aufgenommen wurden diese Bilder von mir und meinem Kollegen bei einer Reise ins Landesinnere. Ziel der Reise war, die Situation vor Ort genauer kennen zu lernen, indem wir sie selbst erleben. Dabei haben wir auch in Erfahrung gebracht, wie diese Praktiken unsere Umwelt und das ökologische System negativ beeinflussen: **Für den Abbau von Aluminium werden Wälder gerodet und die fruchtbaren Bodenschichten abgetragen. Dies verstärkt die Bodenerosion und in der Regenzeit besteht eine erhöhte Gefahr für Erdbeben.** Doch auch das Wasser und die Luft sind betroffen:

Die Minen entnehmen für ihren Betrieb Wasser aus der Tiefe, sodass der Grundwasserspiegel insgesamt sinkt und zusätzlich durch die Verunreinigungen mit dem roten Bauxitschlamm weniger Wasser zum Trinken, Kochen, Waschen oder zum Bewässern der Felder zur Verfügung steht.

Neben dem Schlamm entsteht beim **Abbau von Bauxit auch der charakteristisch rote Bauxitstaub**, der sich dann auch beim Transport des Bauxiterzes und dessen Weiterverarbeitung auf das in der Nähe angepflanzte Obst, Gemüse und Getreide legt. **Dadurch verringern sich die Erträge auf den Feldern und die Lebensgrundlage vieler Bewohner*innen der Abbaugebiete ist gefährdet.** Insgesamt verschlechtert der Bauxitstaub auch die Qualität der Atemluft. Menschen reagieren bei höheren Temperaturen noch empfindlicher auf den Feinstaub und deshalb verstärkt der menschengemachte Temperaturanstieg die Wahrscheinlichkeit von Atemwegs- und Herz-Kreislauf-Erkrankungen zusätzlich.

Gleichzeitig ist der Bauxitabbau aufgrund von Umweltvorschriften und Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit der Bevölkerung in Europa und Nordamerika für Unternehmen nicht mehr profitabel genug, weshalb sie in Guinea Mensch und Umwelt für Profit gefährden. **Zuletzt haben auch Länder wie China und Malaysia, die lange Zeit zu den wichtigsten Produzenten von Bauxit gehörten, ihre Regelwerke verschärft, den Abbau stark eingeschränkt und/oder den Export verboten. Damit einher ging der massive Anstieg des Bauxitabbaus in Guinea.** Für die Energiewende, wie sie vor allem in Europa und Nordamerika vorangetrieben wird, ist Aluminium eines der am häufigsten verwendeten Metalle und das Aluminiumerz Bauxit somit einer der am stärksten nachgefragten

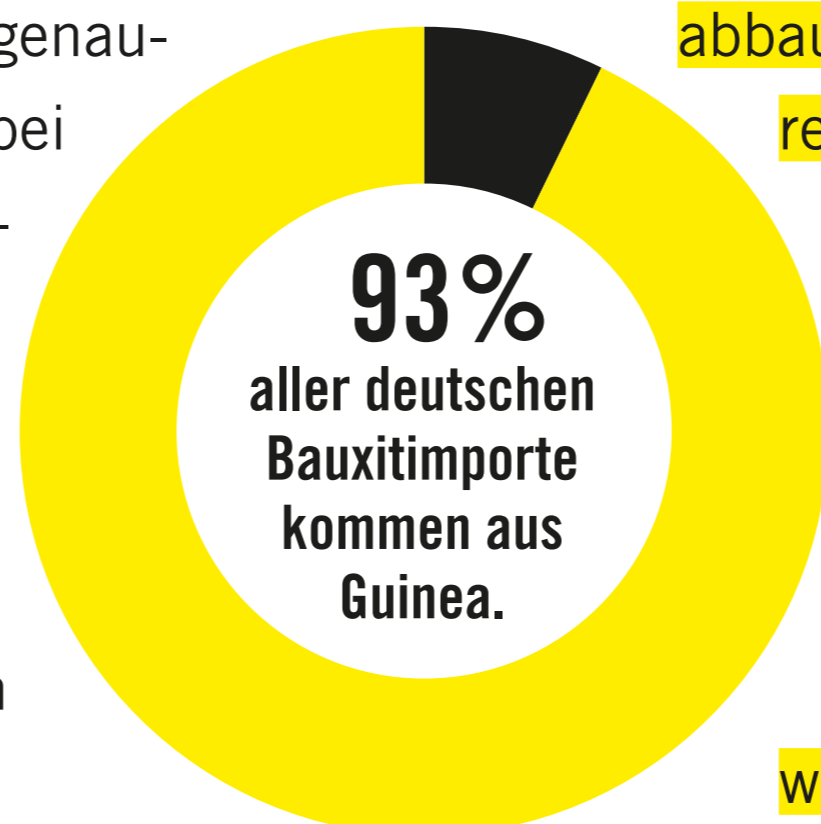
Rohstoffe. Es steckt in den Erdkabeln der Stromtrassen und in Solaranlagen, aber auch speziell in Autos – sowohl mit Verbrennungsmotoren als auch mit elektrischem Antrieb. So kamen laut Powershift in 2017 93% aller Deutschen Bauxitimporte aus Guinea.¹

Der beschriebene, stetig steigende Bedarf an Land für den Bauxitabbau berücksichtigt nicht ausreichend die traditionellen Landrechte. Angebotene alternative Flächen erweisen sich mit dem verlorenen, fruchtbaren Ackerland oft als nicht vergleichbar. Auch werden die Kompensationszahlungen nicht in angemessener Höhe bezahlt. Diese werden zudem meist willkürlich an lokale, oft männliche Autoritätspersonen entrichtet.

Damit werden die **Schäden an Natur und Umwelt sowie die damit verbundenen Kosten an die Menschen und Umwelt in Guinea ausgelagert.** Es wird deutlich: Auch für den

Umbau der Wirtschaft auf erneuerbare Energien ist Aluminium unverzichtbar, sodass die Nachfrage für Bauxit weltweit weiter ansteigt und ansteigen wird. Anhand des Bauxitabbaus in Guinea wird exemplarisch deutlich, auf welche Weise Hauptverursachende der Klimakrise, wie vor allem Europa und Nordamerika, die Schäden und Kosten, die direkt und indirekt durch die Klimakrise verursacht werden, in Länder des globalen Südens auslagern. **Die Menschen in Guinea werden in ihrem Recht auf sauberes Wasser, Gesundheit und Leben sowie eine saubere Umwelt und ihrem Recht auf Lebensunterhalt beeinträchtigt.** Eine gerechte Verteilung der Kosten und Schäden der Klimakrise im Sinne einer Just Transition müsste anders aussehen.

Alles in allem müssen die Behörden in Guinea handeln, bevor es zu spät ist. **Angesichts der Klimakrise richte ich einen feierlichen Appell an die Behörden meines Landes, alles zu tun, um diese Zustände zu bekämpfen.** Auch anderen Menschenrechtsverteidiger*innen kommt die Rolle zu, gegen den Klimawandel zu demonstrieren. Von Deutschland, Europa und Nordamerika fordern wir, Verantwortung für den eigenen Ressourcenverbrauch zu übernehmen und dafür zu sorgen, dass Unternehmen die Rechte der Menschen in Guinea achten.



Amnesty International (2022, 28.04): European Union: Rules for Batteries Should Cover Bauxite, Copper, Iron. <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2022/04/european-union-rules-for-batteries-should-cover-bauxite-copper-iron/> (10.01.2023).
Chardayre, Tshin Ilya, Reckordt Michael, Schnittke Hendrik (2022): Metalle für die Energiewende. Warum wir die Rohstoffwende und die Energiewende zusammendenken sollten. Powershift. https://power-shift.de/wp-content/uploads/2023/05/Metalle-fuer-die-Energiewende_web02_230523.pdf (10.01.23).
Diallo, Mamadou Sarafou, Diallo, Freddie (2020, 27.06) Wälder weg, Luft und Wasser dreckig. taz. <https://taz.de/Guinea-in-der-Krise/15695961/> (10.01.2023).
Fralick, Jeffrey (2020, 17.07.): App Will Track Harmful Dust From Bauxite Mining in Guinea. Columbia Climate School. <https://news.climate.columbia.edu/2020/07/17/app-dust-bauxite-mining-guinea/> (15.01.2023).
Human Rights Watch (HRW) (2018, 04.10): Guinea: Boomender Bauxitabbau ist lebensgefährlich. Profite nicht auf Kosten von Anwohnern. <https://www.hrw.org/de/news/2018/10/04/guinea-boomender-bauxitabbau-ist-lebensgefahrllich> (10.10.2022).
¹ Reckordt, Michael (2019, 19.12.): Landraub für deutsche Autos. Powershift e.V. <https://power-shift.de/landraub-fuer-deutsche-autos/> (10.10.2022).
Wormington, Jim (2018, 04.10.): What Do We Get Out of It? The Human Rights Impact of Bauxite Mining in Guinea. HRW. <https://www.hrw.org/report/2018/10/04/what-do-we-get-out-of-it-human-rights-impact-bauxite-mining-guinea> (10.10.2022).



#CLIMATE STORY ÜBER STURMFLUTEN IN HAMBURG UND IM HAFEN

Das Foto zeigt einen jungen Menschen während einer Sturmflut in der Hamburger Hafencity am 30.01.2022. Den höchsten Pegelstand erreichte die Sturmflut mit 2,84 m über dem mittleren Hochwasser in der Nacht zuvor. Zur Zeit des Fotos war die erste Welle der Sturmflut bereits auf dem Rückzug. Die Sturmflut war eine von sechs Sturmfluten im Frühjahr 2022 mit ähnlichen Pegelständen. Nicht ohne Grund zeigt dieses Bild zudem einen jungen Menschen, denn es sind vor allem die jetzt jungen Menschen und die zukünftigen Generationen, die unter den Folgen des Klimawandels leiden werden. Gleichzeitig zeigen sich die Auswirkungen des steigenden Meeresspiegels in anderen Teilen der Welt schon heute auf dramatische Weise, sodass ein sofortiges Handeln notwendig ist. Aus diesem Grund engagieren wir uns bei Amnesty für Klimagerechtigkeit eine lebenswerte Zukunft für alle und versuchen, die Ungerechtigkeiten und unterschiedliche Betroffenheit durch die Klimakrise aufzuzeigen.

Hamburg ist der Ort an der deutschen Nordseeküste, an dem Sturmfluten am höchsten auflaufen. Gleichzeitig leben hier viele Menschen auf engem Raum. Doch gerade in der Elbmündung ist der Hochwasserschutz unterentwickelt. In einem Artikel der ZEIT wird sogar von der Elbmündung als einer Art vermeintlicher „Sollbruchstelle“ im deutschen Küstenschutz gesprochen, denn in den dünner besiedelten Regionen Schleswig-Holsteins und Niedersachsens ist Küstenschutz mit hohen Deichen leichter umzusetzen.

Die auf dem Foto zu sehende Sturmflut stellte keine erhebliche Gefahr für die Stadt dar. Für derartige Ereignisse ist der Hochwasserschutz mehr als ausreichend. Viele Gebiete in Flussnähe sind zudem dafür ausgelegt, regelmäßig überflutet zu werden. Dennoch gilt es zu bedenken, dass Sturmfluten bereits jetzt häufiger auftreten als in den vergangenen Jahrzehnten. Damit steigt auch die Wahrscheinlichkeit für extremere Sturmfluten. Steigende Meeresspiegel, ausgelöst durch abschmelzendes Eis und sich erwärmendes Meereswasser, verbunden mit sich häufenden Extremwetterereignissen, machen Sturmfluten solchen Ausmaßes zunehmend wahrscheinlicher. Sie lassen die Pegel bei Sturmfluten in Zukunft noch höher ansteigen. Modelle zeigen, dass die bestehenden Deiche dann ihre Belastungsgrenze erreichen.

Innerhalb Hamburgs ist davon besonders der auf einer Flussinsel liegende Stadtteil Wilhelmsburg betroffen. Weite Teile der Insel liegen unter dem Meeresspiegel. Nach der desaströsen Sturmflut von 1962 wurde der Stadtteil deshalb als Hafenerweiterungsgebiet ausgewiesen mit der Folge, dass bis vor kurzem kaum in den Stadtteil investiert wurde. Die Infrastruktur des Stadtteils leidet darunter bis heute. Dort hingezogen sind daher für lange Zeit diejenigen, die anderswo in der Stadt keinen Wohnraum finden konnten - vielfach People of Color und Menschen mit geringem Einkommen. Sie sind besonders durch Sturmfluten gefährdet. Küstenschutz zum Schutz der Menschen wird somit immer notwendiger, wenngleich auch

teurer und einschneidender. Es bedarf also eines Einbezugs der Betroffenen und einer Wahrung des Rechts auf Selbstbestimmung bei gleichzeitigem Schutz des Rechts auf Leben und Gesundheit.

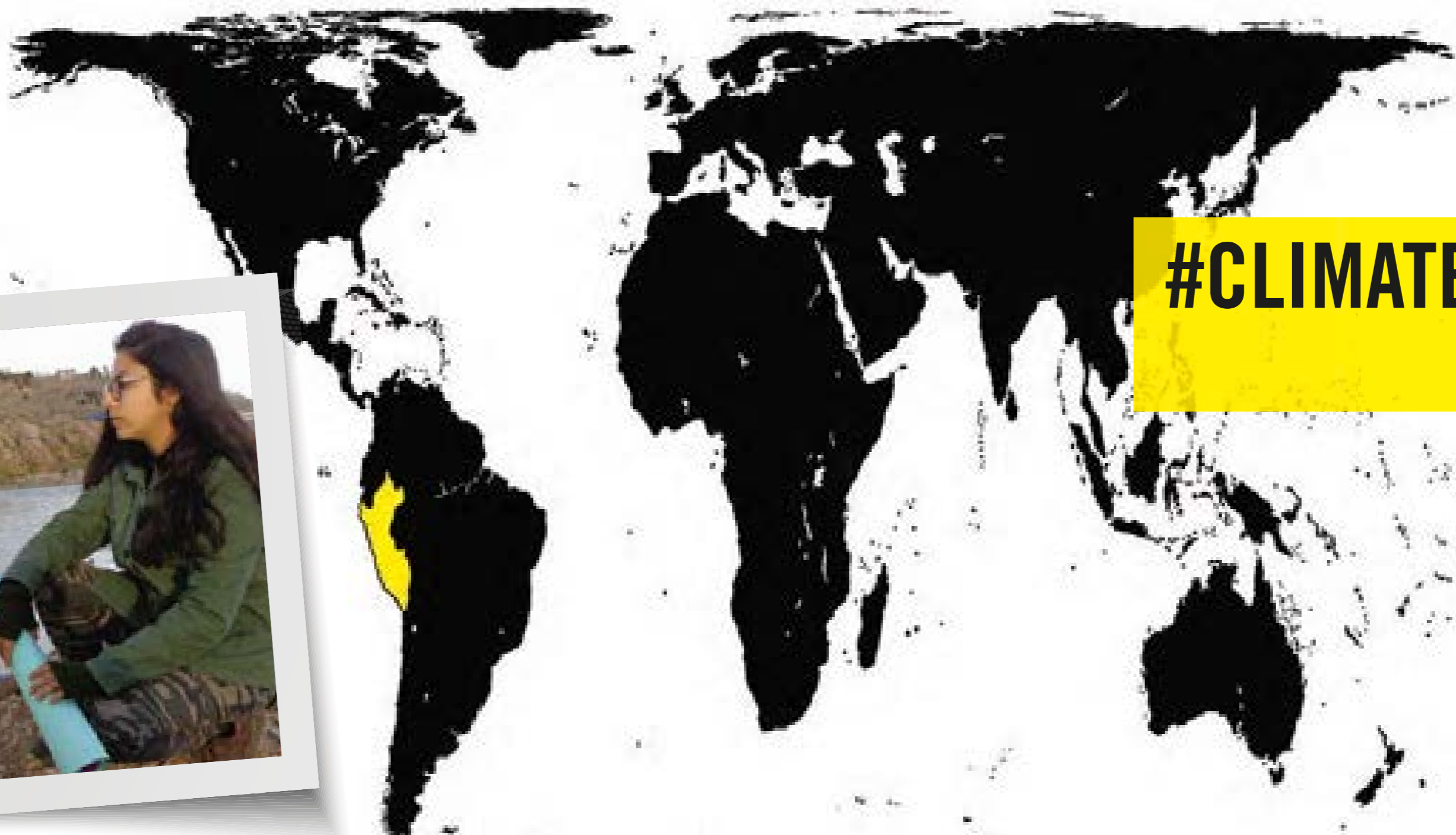
Das Bild zeigt allerdings auch Hamburgs andere Rolle im Kontext der Klimakrise. Im Hintergrund sind die Kräne des Hafens zu sehen. Der Hamburger Hafen bezeichnet sich selbst als Deutschlands größtes zusammenhängendes Industriegebiet. Er sorgt seit Jahrhunderten für den Wohlstand der Stadt und sichert immer noch die Existenz vieler Menschen. Verarbeitet werden im Hafen unter anderem auch Aluminium, Kupfer und Stahl, die in ihrer Produktion energieintensiv sind und über lange Zeit zur Klimakrise beigetragen haben. Die Rohstoffe für diese Industrien kommen oft aus anderen Teilen der Welt. Dort verursacht deren Abbau oft Umweltschäden, die die Auswirkungen der Klimakrise auf die Menschen dort und deren Rechte zusätzlich verstärken.

An diesen Facetten wird deutlich, dass Menschen in verschiedenen Teilen der Welt sowie innerhalb der Stadtgesellschaft von der Klimakrise unterschiedlich stark betroffen sind. Wesentlich dafür, wie schwerwiegend sich die Klimakrise auf Menschen auswirkt, sind oft die zur Verfügung stehenden Ressourcen, um die Folgen der Klimakrise auszugleichen und Anpassungsmaßnahmen vorzunehmen. Diese Ressourcen sind global gesehen und auch lokal sehr ungleich verteilt.

In Norddeutschland hat die Diskussion über die Maßnahmen zum Küstenschutz bereits Fahrt aufgenommen. Diskutiert wird nicht nur die erneute Erhöhung der Deiche, sondern auch ein kilometerlanges Sperrwerk in der Elbmündung, das viele Milliarden Euro kosten würde. Der steigende Meeresspiegel und die in Stärke und Häufigkeit zunehmenden Stürme bedrohen Küstengebiete weltweit. Im Unterschied zu Hamburg fehlt das Geld für einen ausreichenden Küstenschutz jedoch oft. Im Sinne von Klimagerechtigkeit geht es daher auch darum, die Kosten und Lasten der Klimakrise gerecht zu verteilen. Gerade Länder, die historisch am meisten zur Klimakrise beigetragen haben - wie etwa Deutschland - sind in der Verantwortung, ihren Teil dazu beizutragen.

8,5 Mio. €
kostet jeder zusätzliche
Zentimeter
Hochwasserschutz an
der deutschen
Nordseeküste.





#CLIMATESTORY PERU

Autorin: DAYAMIS TORINO VÉLIZ
 Foto: JESÚS VÉLIZ



#CLIMATESTORY ÜBER DEN EINSATZ DES UMWELT- KOLLEKTIVS CANTO VIVO AM RIO MONTARO

Im Jahr 2000 zählte die Stadt La Oroya in Peru zu den **zehn am stärksten verschmutzten Städten der Welt**. Das lag vor allem daran, dass hier, nur 186 Kilometer von der peruanischen Hauptstadt Lima entfernt, im Jahr 1922 ein Hüttenkomplex durch die Cerro de Pasco Cooper Corporation errichtet wurde, um die in den umliegenden Minen geförderten **Metallerze** zu verarbeiten. Das Unternehmen gehörte einem Konsortium von US-Investoren, darunter auch die Bank JP Morgan. **Im Jahr 1974 wurde der Komplex verstaatlicht und 1997 erneut privatisiert** zugunsten des US-amerikanischen Milliardärs Ira Rennert, Eigentümer des transnationalen Konzerns Renco, welcher den Komplex erwarb und das Unternehmen Doe Run Peru gründete. Während ihres Bestehens verschmutzten die Hüttenwerke und die für sie verantwortlichen Unternehmen die Stadt La Oroya, **stießen Treibhausgase aus und trugen dazu bei, das lokale Ökosystem zu zerstören**, ohne dass jemand davon Notiz genommen hätte.

Zwar ist der La Oroya-Hüttenkomplex seit 2009 nicht mehr in Betrieb, die Folgen für Mensch und Umwelt jedoch **bleiben**. Der permanente und unkontrollierte Ausstoß hochgiftiger Gase durch den Hüttenkomplex, wie Blei, Arsen, Cadmium und Schwefeldioxid, belastete die Gesundheit der 18.000 Bewohner*innen von La Oroya massiv: Unabhängige Untersuchungen, durchgeführt Anfang der 2000er Jahre, wiesen bei 97 Prozent der Kinder zwischen 6 Monaten und 6 Jahren und bei 98 Prozent der Kinder zwischen 7 und 12 Jahren einen erhöhten Bleigehalt im Blut auf.¹ Anhaltende Krankheiten sind oftmals die Folge.

Auch die Böden der Stadt sind nach wie vor stark mit dem Schwermetall **Blei kontaminiert**. Sintflutartige Regenfälle spülen die Schadstoffe aus den kontaminierten Böden sowie aus Schlacke- und Schlackenresten des Hüttenkomplexes in den daran vorbeifließenden Río Mantaro. **Zudem werden der Fluss und seine Nebenflüsse auch weiterhin von zahlreichen Bergbauunternehmen in der Region als Abwasserkanal missbraucht.**² Schätzungen zufolge entsorgen die Bergbauunternehmen in diesem Gebiet jährlich etwa 10.000 Tonnen Abraum.

Das Sterben des Río Mantaro und seiner Artenvielfalt sowie die Zerstörung der Ökosysteme durch die Verschmutzung wirkten sich unmittelbar

auch auf das wirtschaftliche und soziale Leben der Bevölkerung am Fluss aus. **Natürliche Weiden verschwanden und Viehseuchen brachen aus. Dadurch wurden bereits viele Bewohner*innen ihrer Existenzgrundlage beraubt.** Der Renco Konzern entzog sich seiner Verantwortung. Anstatt, wie bei der Übernahme durch den Staat vertraglich vereinbart, die Umweltschäden zu beseitigen, meldete der Konzern für sein **Hüttenwerk Konkurs an, schloss es und hinterließ der lokalen Bevölkerung die entstandenen Umweltschäden.** Dabei verloren zusätzliche 3.000 Arbeiter*innen ihren Lebensunterhalt. **Neben dem verletzten Recht auf Gesundheit und eine saubere Umwelt wird so bis heute das Recht auf Nahrung sowie eine angemessene Unterbringung massiv beeinträchtigt.**

Der Río Mantaro ändert oft seine Farbe – meistens hat er eine dunkle Bleifarbe, was auf die Abraumhalden am Fluss hinweist. Wie auf dem Foto mit mir. **Das Foto ist daher ein überzeugender Beweis für die Auswirkungen der Verschmutzung durch unkontrollierte Bergbauaktivitäten.**

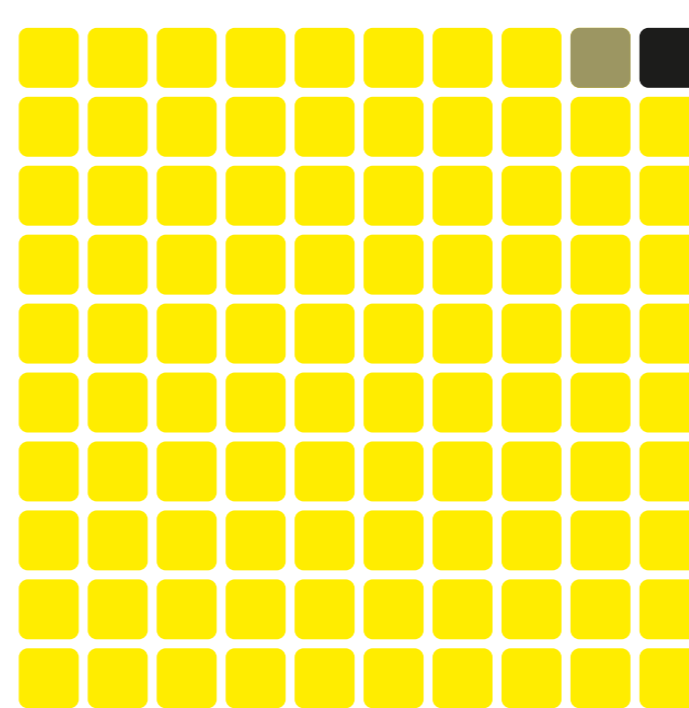
Ich bin Dayamis Torino Véliz, Klimaaktivistin und Mitglied des Umweltkollektivs Canto Vivo, das seit 1994 Klima- und Umweltbildungsprogramme für Kinder und Jugendliche entwickelt. Wir reisen häufig nach Huancaayo in den peruanischen Anden, flussabwärts von La Oroya am Río Mantaro gelegen. Auch dort befinden sich noch viele Abraumhalden der Minen, die den Fluss verschmutzen. Wir führen dort Workshops zur Umweltbildung mit Schüler*innen der Schule Santa Isabel durch, um gemeinsam mit diesen die Wiederaufforstung der Flussufer des Río Mantaro sowie weiterer Gebiete in der Region Junín aktiv voranzutreiben.

Extremwetterereignisse wie Starkregen oder Dürre verletzen den ohnehin beschädigten Boden und zerstören ihn dauerhaft. Lokal ist das Aufforsten somit ein wirksamer Schutz gegen die Auswirkungen der Klimakrise und die damit einhergehende noch extremere Verschmutzung des Río Mantaro. Global gesehen trägt es dazu bei, freigesetzte Treibhausgase wieder im Ökosystem zu binden.

Mir ist es wichtig, mich in Peru für einen wirksameren Umwelt- und Klimaschutz einzusetzen. Aber natürlich verliere ich dabei auch nicht die globale Dimension aus dem Blick: Denn durch die Verwendung der fossilen Brennstoffe Erdgas und Kohle und den Ausstoß des Treibhausgases Schwefeldioxid in die Atmosphäre tragen Hüttenwerke wesentlich

zur gegenwärtigen Klimakrise bei. Unsere Aufforstungsprojekte mit den Schüler*innen können wir derzeit leider nicht fortsetzen. Die Kosten sind einfach zu hoch und unsere Ressourcen reichen nicht aus.

Die durch den Klimawandel verursachte Klimakrise bedroht unsere Menschenrechte und gefährdet unser Recht auf Leben, Gesundheit, Nahrung, Wasser, Wohnraum – kurzum: **Unsere Existenz ist bedroht!**



97%
 der Kinder zwischen
 6 Monaten und 6 Jahren und
98%
 der Kinder zwischen
 7 und 12 Jahren wiesen bei
 Untersuchungen Anfang der
 2000er Jahre einen erhöhten
 Bleigehalt im Blut auf.¹

¹ Bravo, Fernando Alarcón (2015): El Pacto Fáustico de La Oroya. El Derecho a la Contaminación, S. 36. https://repositorio.pucp.edu.pe/index/bitstream/handle/123456789/54088/Bravo_La_Oroya.pdf?sequence=1&isAllowed=y (19.09.23).

² Heikkinen, Anna; Nygren, Anja; Custodio, María (2023): The slow violence of mining and environmental suffering in the Andean waterscapes. In: The Extractive Industries and Society, Bd. 14) <https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S2214790X2300045> (29.09.23).

Romero, Simon (2009, 24.06): In the Andes, a Toxic Site Also Provides a Livelihood. New York Times. <https://www.nytimes.com/2009/06/25/world/americas/25peru.html> (19.09.2023).





#CLIMATESTORY HANNOVER

Text und Foto: ALICE EHLERDING

#CLIMATESTORY DER AMNESTY GRUPPE HANNOVER-LINDEN ÜBER TROCKENHEIT IM HARZ



Das Landschaftsbild in Deutschland wird maßgeblich durch die vielen Wälder geprägt. Genau diese Wälder, die Lebensraum für zahlreiche Tier- sowie Pflanzenarten sind und auch den Menschen zur Erholung dienen, sind teils massiv von der Klimakatastrophe betroffen. Das Bild zeigt abgestorbene Fichten im Mittelgebirge Harz in der Nähe der Stadt Wernigerode und damit die Auswirkungen einer menschengemachten Katastrophe: Die Fichte wurde weit über die natürliche Verbreitung im Harz als Monokultur angepflanzt, da sie besonders schnell wächst und somit eine rasche Aufforstung erlaubt. Dies wurde in der Vergangenheit ausgenutzt, um den Bedarf an Holz für den Bergbau und für Kriege zu decken.¹ Die Reduzierung der Diversität macht den Wald deutlich anfälliger gegenüber den eingetretenen Klimaveränderungen, wie z.B. Trockenheit oder Stürme, als dies bei einem natürlichen Mischwald der Fall wäre. Eine weitere Folge ist, dass hierdurch auch der Borkenkäfer ideale Lebensbedingungen im Harz vorfindet, die Fichten besiedelt und den Baumbestand massiv reduziert. Aufgrund des Schädling sterben ganze Waldstücke ab. Betroffen davon waren in den vergangenen Jahren allein in Deutschland 300.000 Hektar Wald.²

Der Harz dient heutzutage aber nicht nur als Erholungsgebiet und als Nutzfläche für die Forstwirtschaft. Die vielen Talsperren im Harz versorgen Menschen weit über die Region hinaus und bis nach Bremen mit Trinkwasser, insgesamt rund zwei Mio. Menschen.³ Aber auch hier macht sich die Klimakrise bemerkbar. Der Harz wird immer trockener. Dies wurde für die Sommermonate zwar bereits vorausgesagt, sollte aber durch stärkere Niederschläge im Rest des Jahres kompensiert werden. Allerdings zeigt sich, dass diese Niederschläge ausbleiben und vor allem der Westharz immer stärker austrocknet. Betroffen sind davon bereits jetzt die lokalen Gemeinden, denn sie sind nicht an das normale Wassernetz angeschlossen, sondern beziehen ihr Trinkwasser aus so-

nannten Trinkwasserteichen. Diese trocknen in den Sommermonaten aber immer stärker aus, sodass im Sommer 2022 sogar die Gefahr bestand, dass die Versorgung aus den Teichen für 15.000 Menschen komplett ausfällt.⁴ Darüber hinaus beeinflussen die anhaltenden Dürren auch das Umland auf vielfältige Weise. So werden sich die nachgelagerten Gewässer- und Landökosysteme verändern und auch die Landwirtschaft wird die Auswirkungen zu spüren bekommen. Gleiches gilt für den Warenverkehr auf Flüssen und Kanälen, die immer weniger Wasser führen werden.⁵

Damit wird deutlich, dass auch in Deutschland zunehmend Menschenrechte, wie das Recht auf Zugang zu Trinkwasser und daran gekoppelte Rechte wie bspw. das auf Gesundheit, unter Druck geraten. Global betrachtet sind die Auswirkungen der Klimakrise und die Implikationen für die Rechte der Menschen im Harz und der Region nicht mit denen im Globalen Süden vergleichbar. Auch haben die Menschen hier weitreichende Möglichkeiten, sich vor den Folgen zu schützen, da z.B. mehr finanzielle Mittel zur Verfügung stehen. Trotzdem wird auch der Globale Norden die Auswirkungen der Klimakrise immer stärker zu spüren bekommen und trotzdem handeln die Entscheidungsträger*innen noch nicht entschlossen genug und müssen von Gerichten zum Handeln gezwungen werden. So entschied das Bundesverfassungsgericht 2021 in seinem Urteil zum Klimawandel, dass wir alle nicht auf Kosten der kommenden Generationen leben dürfen. Aus Sicht des Bundesverfassungsgerichts greift das Klimaschutzgesetz von 2019 zu kurz, weil ausreichende Vorgaben für die Emissionsminderung ab 2031 fehlten.⁶

Dies ist auch Motivation für uns in der Menschenrechtsarbeit, denn: Klimaschutz geht uns alle an. Mein Handeln hat direkte Auswirkungen und ich kann durch Verhaltens- und Konsumveränderung einen Beitrag zur Verminderung des Klimawandels leisten. Ich kann darüber hinaus von meinen demokratischen Rechten Gebrauch machen und umwelt- und menschenrechtsfreundliche Parteien und Organisationen unterstützen. Im Gegenzug kann ich Kritik an klimaschädlichem Verhalten anbringen und die Institutionen auffordern, dagegen vorzugehen. Aber hierbei dürfen wir die globale Perspektive nicht aus den Augen verlieren und müssen die Plattformen, die wir als Menschenrechtsorganisation besitzen, ausnutzen, um Menschen aus dem Globalen Süden und aus marginalisierten Gruppen die Möglichkeit zu geben, gehört zu werden. Außerdem müssen wir uns für eine gerechte Verteilung der Lasten auf globaler Ebene einsetzen.

Außerdem müssen wir uns für eine gerechte Verteilung der Lasten auf globaler Ebene einsetzen.

¹ Nationalpark Harz (2022): Waldentwicklung im Nationalpark Harz. <https://www.nationalpark-harz.de/de/der-nationalpark-harz/waldentwicklung/> (15.08.2022).
² Orth, Martin (2021,08.04): Einsatz für den Wald. Deutschland.de. <https://www.deutschland.de/de/topic/umwelt/waldsterben-trockenheit-stuerme-borkenkaefer> (15.08.2022).
³ Harzwasserwerke (2021): Die zahlreichen Elemente unseres Verbundsystems. <https://www.harzwasserwerke.de/ueber-uns/anlagen/> (15.08.2022).
⁴ NDR (2022, 10.08.): Trockenheit, Trinkwasser in Oberharzgemeinden wird knapp. https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/brandenburg/harz_goettingen/Trockenheit-Trinkwasser-in-Oberharzgemeinden-ist-knapp,trinkwassermangel122.html (15.08.2022).
⁵ Hoffmann, Nina (2019, 26.06.): Bis nur noch eine Pfütze bleibt. taz. <https://taz.de/Klimawandel-im-Harz/5602478/> (15.08.2022).
⁶ Bundesverfassungsgericht (2021, 19.04.): Verfassungsbeschwerden gegen das Klimaschutzgesetz teilweise erfolgreich. <https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2021/bvg21-031.html> (19.09.2023).



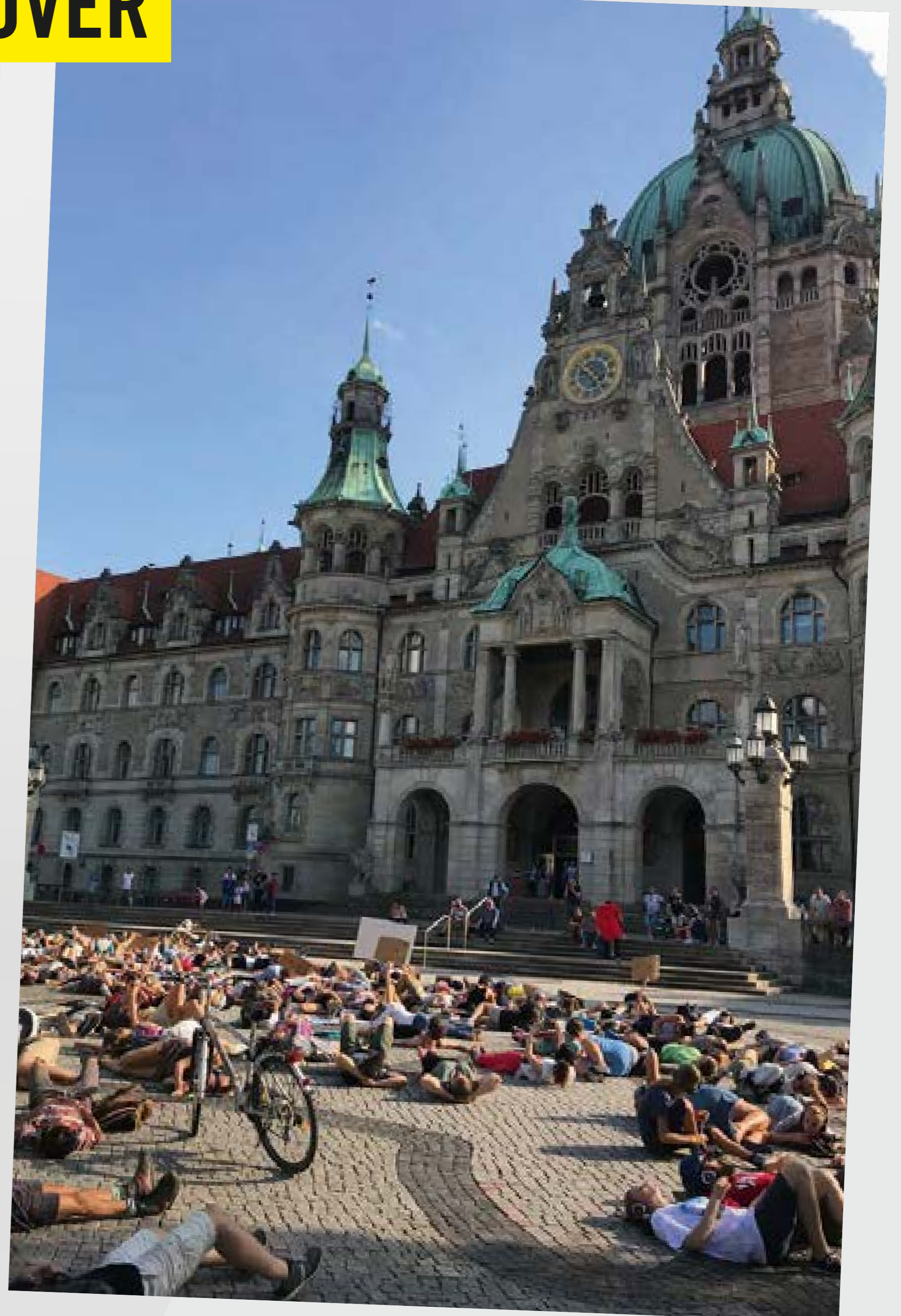


#CLIMATESTORY ZUM KLIMASTREIK VON YOUNG AMNESTY HANNOVER

Das Bild entstand während eines Klimastreiks in Hannover organisiert durch **FridaysForFuture**. Es zeigt eine Protestaktion, einen sogenannten „Die-in“, bei dem sich Aktivist*innen auf ein Signal wie tot zu Boden fallen lassen, um so auf einen bedrohlichen Zustand aufmerksam zu machen. Im Kontext der Demo war dies die voranschreitende Klimakrise, die weltweit die Menschen und ihre Rechte bedroht. Die Klimakrise zeigt sich dabei nicht nur in Veränderungen in Natur und Umwelt, sondern auch in dem Handeln oder besser Nicht-Handeln von den Regierungen und Entscheidungsträger*innen der Weltgemeinschaft. Obwohl die Tatsache, dass eine globale Erwärmung stattfindet, seit Jahrzehnten bekannt ist und die Folgen immer deutlicher sichtbar werden, ergreifen diese keine ausreichenden Maßnahmen. Dabei sind es vor allem die Länder aus dem globalen Norden, die historisch und aktuell zu den Hauptemittenten gehören. Dazu zählen unter anderem Deutschland, andere europäische Länder sowie die USA und Kanada. Sie verweigern sich weiterhin einem wirksamen Handeln. Dabei haben sie eine besondere Verantwortung, weil sich ihr Wohlstand insbesondere auf dem Einsatz fossiler Rohstoffe gründet. Wenn sie die Folgen der Klimakrise zu spüren bekommen, sind sie im Besitz der finanziellen Möglichkeiten, diese zu kompensieren. Umso wichtiger ist der Protest der Zivilgesellschaft gegen diese Zustände.

„Die Klimakrise bedroht alle Menschenrechte – bürgerliche und politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle. So haben alle Menschen ein Recht auf Leben und das Recht darauf, in Freiheit und Sicherheit zu leben. Doch das macht der Klimawandel für Milliarden von Menschen zunehmend unmöglich. Auch Menschenrechte, die menschenwürdige Lebensgrundlagen wie das Recht auf Gesundheit, das Recht auf Wohnen und das Recht auf Zugang zu sauberem Wasser und Hygiene schützen, sind betroffen. Die Klimakrise droht Ungleichheit, Diskriminierung und Ungerechtigkeit auf der Welt zu verstärken. Denn seine Folgen treffen oft die Menschen besonders hart, die ohnehin schon benachteiligt werden, zum Beispiel arme Menschen, Frauen und Indigene.“¹

Der Einsatz für die Menschenrechte ist das Ziel von Amnesty International sowie zahlreicher anderer Organisationen. Gemeinsam machen wir uns stark für Veränderungen hin zu einer Politik, in der die Rechte aller respektiert und geschützt werden. Wir, das ist in diesem Fall die Young Amnesty Gruppe aus Hannover. Als Gruppe junger Menschen werden wir zu der Generation gehören, die die Folgen der Klimakrise auch hier in Deutschland massiv zu spüren bekommen wird. Deshalb protestieren wir gegen den Unwillen der Regierungen, verbunden mit der Aufforderung, der Klimakatastrophe endlich mit angemessenen Maßnahmen zu begegnen. Wir setzen uns dabei insbesondere auch dafür



ein, dass die Lasten der Energiewende nicht auch noch auf die von der Klimakrise bereits am stärksten betroffenen Menschen in der Welt abgeladen werden. Dabei beschränken wir uns nicht auf die Teilnahme an Demonstrationen, sondern organisieren auch eigene Veranstaltungen. So haben wir z.B ein Bar-Camp organisiert, bei dem die Teilnehmenden unter anderem mit Umweltaktivist*innen aus Kolumbien ins Gespräch kommen konnten, um sich darüber auszutauschen, mit welchen Herausforderungen die dortigen Aktivist*innen konfrontiert sind und wie sie ihnen begegnen. Wir wollen uns nicht nur für unsere Menschenrechte einsetzen, sondern auch den Einsatz der Menschen vor Ort unterstützen und diejenigen sichtbar machen, die bereits jetzt ganz direkt von der Klimakrise betroffen sind.

¹ Amnesty Kogruppe Klimakrise und Menschenrechte (2021): Wie hängen Menschenrechte und die Klimakrise zusammen? <https://amnesty-klimakrise.de/infos/klimakrise-menschenrechte/> (20.02.2022).





#CLIMATESTORY PAKISTAN

Text: SIGRID KRIEG
 Foto: SHAKIL ADIL/Amnesty International

#CLIMATESTORIES DER AMNESTY KOGRUPPE PAKISTAN ZUM AMNESTY-BERICHT „UNLIVEABLE FOR HUMANS“

Das Bild zeigt einen Lastwagenfahrer in Pakistan, der für einen Mittagsschlaf den Schatten der gestapelten Tische als Schutz vor der sengenden Hitze sucht. **Viele Arbeiter*innen in Pakistan unterbrechen ihre Arbeit während der heißen Nachmittagsstunden, um der Hitze zu entgehen**, die dann ihren Tageshöhepunkt erreicht. Dies müssen sie in Kauf nehmen, obwohl ihnen dadurch ein Teil ihres Einkommens entgeht.

Die globale Erwärmung – verursacht durch den kontinuierlichen Ausstoß von Treibhausgasen – lässt die Durchschnittstemperatur weltweit zwar „nur“ um einige Grad Celsius ansteigen, die Auswirkungen auf das Weltklima sind dennoch enorm. **Eine der Folgen des veränderten Weltklimas sind lokal auftretende Hitzewellen**. Solche Hitzewellen haben in den letzten Jahren das Leben in der pakistanischen Stadt Jacobabad bestimmt. Aus dieser stammt auch das Bild. **Im Juni 2021 erreichten die Temperaturen in Jacobabad bis zu 52°C. In Kombination mit der hohen Luftfeuchtigkeit kann der menschliche Körper sich nicht mehr eigenständig kühlen und der Kreislauf droht durch Überhitzung zu kollabieren**. Schätzungsweise sind im Jahre 2022 etwa 65 Personen, darunter mindestens drei Kinder, an den Folgen der Hitzewellen gestorben. Zusätzlich tragen lokale Emissionen der Industrie und die Abholzung von regionalen Wäldern dazu bei, dass sich die klimatischen Bedingungen in Jacobabad verändern. Dabei sind oftmals Frauen und Tagelöhner*innen besonders von den Auswirkungen der Hitzewellen betroffen. Häuser und Wohnungen, in denen Lohnarbeiter*innen leben, sind nicht für diese Bedingungen ausgelegt. **Oft fehlt es an Kühlung bzw. Strom und dem Zugang zu sauberem Trinkwasser**. Ihre Rechte auf Gesundheit, Leben, eine sichere und gesunde Umwelt, Arbeit, Wohnen und einen angemessenen Lebensstandard sind dadurch beeinträchtigt.



Die besondere Betroffenheit von Tagelöhner*innen durch Hitze ergibt sich daraus, dass sie **meistens unter freiem Himmel arbeiten und nicht über die Ressourcen verfügen, sich angemessen zu schützen**. Auch Frauen sind hier, wie in vielen Kontexten der Klimakrise, deutlich stärker betroffen, da ihnen die Nutzung der wenigen öffentlich zur Verfügung stehenden Abkühlungsmöglichkeiten, wie z.B. das Baden in Gewässern, nicht möglich ist. Auch müssen sie oft, anders als Männer, in überhitzten Gebäuden schlafen, da sie sonst Gefahr laufen, Opfer von sexualisierter und geschlechtsbezogener Gewalt zu werden. **Auch Schulen sind für die Temperaturen nicht angemessen ausgerüstet**, was dazu beiträgt, dass viele Kinder die Schule frühzeitig verlassen. Ihr **Recht auf Bildung wird dadurch beeinträchtigt**.

Mit dem Blick auf Pakistan als gesamtes Land führt die Klimakrise noch zu einer ganzen Reihe von weiteren Auswirkungen. So sinken

die Wasserreserven zusehends und der Zustand des Ökosystems verschlechtert sich zunehmend. Dies hat **Auswirkungen auf die Landwirtschaft und erzeugt Nahrungsunsicherheit**. Anhand Pakistans wird auch das globale Gefälle in der Klimakrise deutlich. **Pakistan hat seit Beginn der Industrialisierung lediglich ein Siebtel der Treibhausgasemission Deutschlands erzeugt¹ und ist trotzdem ungleich stärker von den Auswirkungen betroffen**.

Wir engagieren uns als Aktivist*innen in der Koordinationsgruppe Pakistan von Amnesty International Deutschland. **Im Oktober 2021 ist der Amnesty-Bericht „Unlivable for Humans“ erschienen** und in 2022 und 2023 zwei weitere, die sich mit Extremwetter in Pakistan beschäftigen. In den Berichten schlägt Amnesty mehrere Maßnahmen vor und **richtet sich damit sowohl an die lokalen Behörden und an die Regierung in Pakistan als auch an die Regierungen der Staaten, die für die ausufernde Klimakrise verantwortlich sind**.

- Auf lokaler Ebene müssen die Menschen in die Lage versetzt werden, mit den veränderten klimatischen Bedingungen umzugehen, z.B. indem eine Stromversorgung aus erneuerbaren Energien sichergestellt und das geltende Recht zum Schutz von Arbeiter*innen durchgesetzt wird. Wichtig ist dabei die **Beteiligung der Bevölkerung und im Besonderen die Beachtung der Interessen der am stärksten betroffenen Menschengruppen**.
- Die pakistanischen Behörden werden aufgefordert, die **Menschen in den betroffenen Gebieten rechtzeitig vor Hitzewellen zu warnen und effektive Schutzmaßnahmen** für sie zu ergreifen.
- In **Deutschland** setzen wir uns dafür ein, dass die **Bundesregierung sich ihrer menschenrechtlichen Verantwortung stellt**, die sich aus Deutschlands Rolle als wesentlicher Mitverursacher der Klimakrise ergibt. Aufgabe der industrialisierten Staaten wie Deutschland ist es, sicherzustellen, dass eine möglichst schnelle, menschenrechtskonforme Reduktion des Treibhausgasausstoßes auf null umgesetzt wird. Dazu gehört ein **Verzicht auf den Einsatz und die Produktion fossiler Brennstoffe sowie ein Ende von deren Förderung durch Subventionen**. Außerdem müssen Pakistan und andere von der Klimakrise stark betroffene Länder beim Umstieg auf erneuerbare Energien und bei Klimaanpassungsmaßnahmen unterstützt werden. Denn ein großer Teil der hierfür fehlenden Mittel fehlt aufgrund von Ausbeutung und jahrhundertlang bestehenden, noch heute wirkenden, kolonialen Strukturen.

Amnesty International (2021): Pakistan: „Unlivable for humans“: A visual documentation of Jacobabad, one of the world's hottest cities. <https://www.amnesty.org/en/documents/asa33/4876/2021/en/> (05.03.2022).
 Amnesty International (2022, 08.07): Extreme weather: Scorching heat waves and torrential rains in Pakistan and their impact on Human Rights. <https://www.amnesty.org/en/documents/asa33/5828/2022/en/> (05.03.2022).
¹ Climate Watch (2021): Historical GHG Emissions. https://www.climatewatchdata.org/ghg-emissions?breakBy=countries&end_year=2019&gases=kyotoghg®ions=PAK%2CDEU&source=PIK&start_year=1850 (05.03.2022).





#CLIMATESTORY KOLUMBIEN

Text: Yuly Velásquez
 Foto: Luca Zanetti

#CLIMATE STORY CLIMATE STORY ÜBER FEDEPESAN UND DEN SCHUTZ DER SUMPFGEBIETE IN KOLUMBIEN

Dieses Foto zeigt das Sumpfbiet Ciénaga de San Silvestre in der Region Magdalena Medio im Norden Kolumbiens. Das Gebiet bildet die Lebensgrundlage für die dort rund 300.000 angesiedelten Menschen und bietet essenzielle Ressourcen für Trinkwasser und die lokale Fischerei. Diese wichtige Wasserquelle ist zudem Heimat einer großen Vielfalt an Pflanzen und Tieren, von denen viele, wie bspw. die Antillen-Seekuh (Manatee), vom Aussterben bedroht sind.

Kolumbiens Feuchtgebiete, die ein Viertel der Landesfläche ausmachen, sind durch verschiedene Sektoren wie industrielle Landwirtschaft, Urbanisierung und Bergbau kontinuierlich von Umweltverschmutzungen betroffen oder bedroht. Den dort lebenden Gemeinden wird dadurch ihre Lebensgrundlage entzogen. Ihre Menschenrechte auf Zugang zu sauberem Trinkwasser, ihr Recht auf Arbeit sowie ihre kulturellen Rechte werden gefährdet.

Doch auch auf globaler Ebene zeigen sich die Konsequenzen der lokalen Umweltverschmutzungen. Der Schutz und die Wiederherstellung von Kohlenstoffsenken wie Torfmooren, Feuchtgebieten, Grasland, Mangroven und Wäldern ist laut dem Weltklimarat eine entscheidende Strategie zur Bekämpfung des Klimawandels und zur Begrenzung der globalen Erwärmung auf unter 1,5° C.

Seit Jahren werden die Feuchtgebiete durch die örtlichen Industrien verschmutzt. Laut der lokalen Organisation FEDEPESAN (Verband für traditionelle Fischerei, Umweltschutz und Tourismus des Departements Santander) sind die in der Region Magdalena Medio ansässigen Ölkonzerne für die Verschmutzung verantwortlich.

Ländliche und kleinbäuerliche Gemeinden sowie indigene und afrokolumbianische Gemeinschaften spielen seit jeher eine zentrale Rolle bei der Verteidigung dieser Gebiete. Deshalb haben sich insgesamt rund 500 Fischerfamilien unter der Leitung von Yuly Velásquez in der Organisation FEDEPESAN zusammengeschlossen, um die Region Magdalena Medio vor ausbeutenden und umweltschädigenden unternehmerischen



Aktivitäten zu schützen. Die Mitglieder von FEDEPESAN sind vielseitig tätig, indem sie die Verschmutzung des Sumpfes dokumentieren, Reinigungsaktionen vor Ort veranstalten, das Gebiet überwachen und mit lokalen Behörden zusammenarbeiten, um sicherzustellen, dass Umweltauflagen eingehalten werden. Wenn dies nicht geschieht, organisieren sie Proteste.

Trotz ihres Engagements wurden Yuly und ihr Kollege Oswaldo Beltrán bereits mehrmals bedroht und angegriffen, woraufhin sie das Sumpfbiet vorübergehend verließen. Die Situation für Menschenrechtsverteidiger*innen in Kolumbien ist von ständiger Angst vor ernsthaften Bedrohungen für Leib und Leben geprägt. Kolumbien ist das gefährlichste Land für Menschenrechtsverteidiger*innen weltweit.

Der Kampf von FEDEPESAN macht deutlich, mit welchen Herausforderungen marginalisierte Gemeinschaften konfrontiert sind, wenn sie ihre Umwelt und ihre Lebensgrundlagen gegen mächtige Unternehmensinteressen verteidigen wollen. Trotz der Risiken halten Menschen wie Yuly Velásquez an ihrer Vision fest, die empfindlichen Ökosysteme Kolumbiens zu schützen.

Amnesty International (2023): „Colombia: Hope at risk: The lack of a safe space to defend human rights in Colombia continues“. <https://www.amnesty.org/en/documents/amr23/7248/2023/en/> (11.03.2024).
 Amnesty International (2023): „No future without courage: Human rights defenders in the Americas speaking up on the climate crisis“. <https://www.amnesty.org/en/documents/amr01/7411/2023/en/> (11.03.2024).
 IPCC (2019): „Special Report on Climate Change and Land, Summary for Policymakers“ <https://www.ipcc.ch/srcccl/chapter/summary-for-policymakers/> (11.03.2024)
 W.S. Walker et al. „The role of forest conversion, degradation, and disturbance in the carbon dynamics of Amazon indigenous territories and protected areas“. 27 January 2020. <https://doi.org/10.1073/pnas.1913321117>

